

Herrn Ministerpräsidenten  
Stephan Weil MdL  
Niedersächsische Staatskanzlei  
Planckstraße 2  
30169 Hannover

**Sebastian Lechner MdL**  
Fraktionsvorsitzender

20. Februar 2024

## Notlage der Krankenhäuser in Niedersachsen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

meine Fraktion blickt mit Sorge auf die Situation der Gesundheitsversorgung in unserem Land. 60% der niedersächsischen Krankenhäuser sehen ihre wirtschaftliche Existenz bis zum Wirksamwerden der von Bund und Länder geplanten Kreiskrankenhaus-Reform gefährdet. Das geht aus einer aktuellen Umfrage der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) vom Jahresbeginn 2024 hervor. Über 90% (!) der befragten Krankenhäuser geben an, dass sie die aktuellen Sach- und Personalkostensteigerungen nicht aus den regelhaften Erlösen der Patientenbehandlung finanzieren können. 73% der Krankenhäuser geben zudem an, dass sie in den vergangenen Jahren nicht in der Lage waren ausreichende Rücklagen zu bilden, um die aktuellen Kostensteigerungen vorübergehend aus eigenen Mitteln abdecken zu können. Das bedeutet, dass dreiviertel der Krankenhäuser bereits kurzfristig auf finanzielle Hilfen angewiesen sind. Hinzu kommt, dass ebenfalls fast dreiviertel der Krankenhäuser für 2024 eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung erwarten. Nach Informationen der NKG steigt das Jahresdefizit der Krankenhäuser insgesamt auf rund 640.000.000 (!) €. **Wir stellen also eine dramatische Entwicklung fest, die ein unmittelbares Handeln des Landes nötig macht.**

Die Krankenhausfinanzierung erfolgt in Deutschland nach dem Prinzip der dualen Finanzierung: Die Betriebskosten der Krankenhäuser werden von den Krankenkassen und die Investitionskosten durch die Länder finanziert. Daher ist das Land Niedersachsen nicht zuständig, Betriebskostendefizite der Krankenhäuser auszugleichen. Dennoch hat das Land

Niedersachsen eine Verantwortung für die Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahen, stationären medizinischen Versorgung und diese ist akut gefährdet. **Daher muss es im Interesse des Landes sein, die in finanzielle Not geratenen Krankenhäuser zu stützen.**

Die Landesregierung muss sich bei der Bundesregierung vehementer für eine Reform der Krankenhausbetriebskostenfinanzierung einsetzen, ohne dabei den Erpressungsversuchen des **Bundesgesundheitsministers Prof. Dr. Karl Lauterbach** durch seine durch nichts zu rechtfertigende Verknüpfung des Transparenzgesetzes mit der Betriebskostenfinanzierung zu erliegen. Zudem erscheint die in der Protokollerklärung zum Transparenzgesetz beabsichtigte Erhöhung des Landesbasisfallwertes politisch nicht durchsetzbar zu sein; eine Erhöhung müsste ohnehin durch die Selbstverwaltung ausgehandelt werden. Mit Blick auf diesen Prozess, der durch den Bundesgesundheitsminister in die Länge gezogen wird, müssen wir feststellen: **Das Land Niedersachsen darf nicht auf den Bund warten und muss selbst tätig werden.**

Andere Bundesländer helfen unlängst ihren Krankenhäusern. Auch Niedersachsen sollte ab sofort bis zum Wirksamwerden der Reform auf Bundesebene die Krankenhäuser im Land unterstützen; schließlich kann die Lauterbach'sche-Reform nur umgesetzt werden, wenn es überhaupt noch Krankenhäuser gibt.

Darum bitten wir Sie auf diesem Wege nochmals mit Nachdruck:

1. **Unterstützen Sie die in Not geratenen niedersächsischen Krankenhäuser mit Liquiditätskrediten der NBank, rückverbürgt durch das Land. Für diese Sofortmaßnahme bräuchte es lediglich einen Beschluss des Landeskabinetts. Die Schuldenbremse wäre durch eine solche Bürgschaft nicht betroffen, da diese lediglich die Zeit überbrückt, bis der Bund endlich seinen Zusagen nachkommt.**
2. **Ferner wäre es möglich, die Grundpauschale zum Erhalt der Leistungsfähigkeit nach § 11 Abs. 4 Satz 1 des Niedersächsischen Krankenhausgesetzes (NKHG) kurzfristig signifikant zu erhöhen, um auf diese Weise die Pauschalförderung mit wenig Aufwand für die Krankenhäuser unbürokratisch auszuzahlen.**

...

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, zahlreiche Krankenhäuser in Niedersachsen bestehen nur noch deshalb, weil deren Träger Millionenbeträge zum laufenden Defizitausgleich geleistet haben und auch in diesem Jahr leisten. Das ist für alle Träger, besonders auch für die kommunalen Träger, eine enorme finanzielle Belastung. Die Haushalte zahlreicher kommunaler Träger werden dadurch massiv ins Defizit gestürzt. Auch mit Blick auf die Leistungsfähigkeit der Trägerkommunen besteht somit dringender Handlungsbedarf!

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Sebastian Lechner', written in a cursive style.

Sebastian Lechner